

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 22.  
Bewerben der Redaction:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

Für die Rückgabe eingetragener  
Konten macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Preise an Werktagen bis  
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Zul. Annahme:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Karl Schöke, Katharinenstr. 19, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Arch.-Anlage 16,200.

Abonnementpreis viertel, 6/8, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Reklamen unter dem Redactionstisch  
die Spalten 40 St.  
Zusätze sind nach d. Anzeiger  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postwechsel.

No 278.

Sonntag den 5. October 1879.

73. Jahrgang.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 8. October a. c., Abends 6 1/2 Uhr im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Gutachten des Oeconomicausschusses über a. den Neubau der heiligen Brücke, b. den Wiederaufbau der abgetragenen Scheune im Rittergute Stöcker unterm Theil, c. ein Abkommen mit Herrn Friedrich Boigt wegen der Schleusenbauten u. in den Straßen V. C. und IV. des südwestlichen Bauungsplans.
- II. Gutachten des Bauausschusses über Erhöhung der Budgetposition 90 in Conto 81 des Haushaltsplans.
- III. Gutachten des Verfassungs- und Finanzausschusses über Anstellung eines Expedienten für die Holzverkaufsangelegenheiten.
- IV. Gutachten des Stiftungsausschusses über a. Errichtung einer neuen Kapelle im Krankenhaus St. Jacob, b. den Vergleich mit den Angehörigen einer verstorbenen Inhaberin des Johannistifts wegen Herausgabe des Vermögens der Pfrinder, c. verschiedene Stiftungsrechnungen.

## Bekanntmachung.

Das 13. und 14. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen sind bei uns eingegangen und werden bis zum 29. dieses Monats auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

- Dieselben enthalten:
- Nr. 91. Verordnung, das Landgendarmerecorps betreffend; vom 18. September 1879.
  - 92. Bekanntmachung, die Hornahme einer Ergänzungswahl für die II. Kammer der Ständeverammlung betreffend; vom 18. September 1879.
  - 93. Verordnung zu Ausführung des Gesetzes, das Verfahren in Verwaltungsklaffachen betreffend, vom 8. März 1879; vom 18. September 1879.
  - 94. Bekanntmachung, die Bestellung eines anderweitigen Wahlcommissars für den 24. sächsischen Wahlkreis betreffend; vom 20. September 1879.
  - 95. Verordnung, die Competenz in Wege- und Straßenpolizeiklaffachen betreffend; vom 26. September 1879.
  - 96. Verordnung, den Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes vom 28. Februar 1878 wegen der Subventionen auf der Universität Leipzig betreffend; vom 26. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stth.

## Bekanntmachung.

Der zweite Termin der sächsischen Einkommensteuer ist am 15. October dieses Jahres mit dem Abende Steuerjahre fällig und werden die hiesigen Beitragspflichtigen aufgefordert, ihre Steuerbeiträge spätestens binnen 14 Tagen von dem Termin ab an die Stadt-Cassens-Einnahme, Brühl 61, Blauer Saal, 2 Stock, abzuführen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumnigen anzuwenden sind.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Zaube.

## Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der zur Unterstützung armer alter und gebrochener Jungfrauen in Leipzig, die sich durch weibliche Handarbeiten ihren Lebensunterhalt verdienen, durch Krankheit, Alters- oder Kränklichkeit aber erwerbsunfähig oder beschränkt erwerbsfähig geworden sind, bestimmten Pensionenstellung sollen demnach von uns verteilt werden. Wir fordern nach vorstehenden Stiftungsbestimmungen geeignete Bewerberinnen hierdurch auf, ihre beglücklichen Gesuche bis zum 15. October c. bei uns (Rathhaus 1 Trepp, Zimmer Nr. 7) einzureichen.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Richter.

## Bekanntmachung.

Am 6. November d. J. sind die Zinsen einer Stiftung von 3500 Mark an 10 hier wohnhafte Wittwen- oder Wittver- oder Wittwe zu vertheilen. Bewerberinnen wollen sich bis zum 15. October schriftlich unter kurzer Darlegung ihrer Verhältnisse bei uns melden.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Richter.

## Bekanntmachung.

Eines Schleusenbaues wegen wird die Hochstraße auf der Straße von der Volkstraße bis zur Fichte-straße von Montag den 6. d. M. an auf die Dauer des Baues für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Meißner-Schmidt.

## Bekanntmachung.

Die unter dem 11. September c. ausgeschriebenene Anlieferung und Verlegung von Granittrampelpfannen längs des Kanals der 1. Bürgerschule in der Gledens- und Friedr.straße ist vergeben.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Richter.

## Nicolaigymnasium.

Aufnahmeprobirung: Montag den 6. October von 8 Uhr ab. Die Aspiranten haben zu derselben außer den erforderlichen Schreibmaterialien die vorgeschriebenen Beweise (Latein, Griech., Math., Physik) mitzubringen, insoweit solche nicht bereits präsentiert worden sind. Eröffnung des Wintersemesters: Dienstag den 7. October, Vormittag 10 Uhr. Im Anschlusse hieran sei bemerkt, daß die Anzahl Anmeldungen für das Sommerhalbjahr 1880 zur Zeit noch nicht annehmbar ist, da es sich erst in einigen Monaten herausstellen wird, ob und in welchem Umfange verschiedene Klassen Nachwuchs durch neue Schüler werden erhalten können. Eine Aufforderung zur Anmeldung wird seiner Zeit in diesem Blatte erfolgen.

Professor Theodor Vogel.

## Die Lässigkeit der Liberalen.

Ein vollkommen lazes und abschließendes Urtheil über die Parteigruppierung in dem zukünftigen Reichstagen ist — auf Grund der Ergebnisse der Urwahlen — bis zur Stunde unmöglich. So viel steht indessen schon fest, daß sich die liberale Partei eines glänzenden Sieges nicht erfreuen kann, Dank der Lässigkeit, welche die Theilnahme an der Wahl auszeichnete. Aus vielen Wahlkreisen stehen die Prohibitoren noch an. Soweit die Nachrichten vom platten Lande schon zu einem Urtheil berechtigen, muß zugegeben werden, daß einzelne bisher liberale Wahlkreise, namentlich in den sächsischen Provinzen des preussischen Staates, an die Conservativen verloren gehen werden, daran hatte übrigens von vornherein Niemand gezweifelt. Ob die vereinigten Liberalen auch im neuen Abgeordnetenhaus noch die Mehrheit bilden werden, muß dahingestellt bleiben. Das aber kann schon jetzt mit Bestimmtheit gesagt werden, daß sie auf alle Fälle eine Minderheit bilden werden, deren Unterdrückung doch mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein wird. Daran wird auch das vollständige Bekanntwerden der künftigen Wahlen, aus das die Conservativen ihre Hoffnung setzen, nichts ändern. Ein erstes Wort über die geringe Theilnahme der Liberalen finden wir in der „National-liberalen Correspondenz“. Das Blatt schreibt: „Eine übereinstimmende Klage aus fast allen Wahlkreisen ist die überaus geringe Theilnahme der Wähler, eine Erscheinung, welche ernste Betrachtungen hervorgerufen hat. Die gegenwärtigen Wahlen sind von einer so entscheidenden Wichtigkeit und ihre Bedeutung ist während der Wahlbewegung so eindringlich hervorgehoben worden, daß man hätte annehmen sollen, es sei in den weitesten Schichten des Volkes die Nothwendigkeit, politisches Bezugs abzulegen, zum Bewußtsein gekommen. Das ist aber doch nur in sehr unvollständiger Weise der Fall gewesen; im Allgemeinen verließen sich die Urwahlen unter einer recht matten und kalten Theilnahme. Die bezaubernde Erscheinung einer wachsenden Erschlaffung der Theilnahme am politischen Leben ist auf die verschiedenartigsten Ursachen zurückzuführen. Einmal ist das indirecte und Classenwahlrecht nur zu geeignet, das Eifer einzuschläfern, zumal in einem Maße, das in den Reichswahlen sich an ein viel unmittelbarer anregendes Wahlverfahren gewöhnt hat. Es kommt dazu die allgemeine Ermüdung, die sich nach der politischen Anregung des verflochtenen Sommers eingestellt, der Ueberdruß am parlamentarischen Leben, den der Gang der jüngsten Reichstagsession erzeugt hat. Man ist ferner nur zu geneigt, gegenüber den noch größeren und wichtigeren Aufgaben der Reichsgesetzgebung die Bedeutung der Volkstheilnahme in den Einzelstaaten zu unterschätzen, und

doch sind wahrhaftig Fragen, wie der Kampf um Kirche und Schule, wie der Ausbau der Verwaltungsreform, wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen, von der allerentscheidendsten Wichtigkeit. Der Pessimismus, die Hoffnungslosigkeit, die Unfreundlichkeit, welche unsere politische Situation im Gefolge haben muß, ährt sich bei einem großen Theil des deutschen Volkes nicht, wie es recht wäre, in einem unangenehmen Anklagen gegen die fehlerhafte Richtung, die unser öffentliches Leben eingeschlagen, sondern in trüber Resignation, in Schmähen, in inebolenter Zurückhaltung. Welche Kreise des Volkes stehen zweifelnd, unsicher, schwankend der neuesten politischen Wandlung gegenüber; sie haben die Situation, die so grundverschieden ist von der, in welcher vor drei Jahren die Wahlen stattfanden, noch nicht völlig begriffen, sind überfordert und verblüfft von der Erschlitterung, die seit den Vorgängen des Sommers alle unsere politischen Grundverhältnisse erfahren, und bleiben in dieser Stimmung lieber ganz von den Wahlen weg. Darunter haben naturgemäß die mittleren Parteien am meisten zu leiden, weil sie so starke Agitations- und Propagandamittel wie die extremen Parteien nicht besitzen. Bei den Ultramontanen scheint sich auch diesmal wieder die vorzügliche Organisation und energische Agitation verhältnismäßig noch am besten bewährt zu haben. Bis zu welchem Grade es der conservativen Ausbreitung gelungen ist, die Massen der künftigen Bevölkerung in Bewegung zu setzen, muß erst noch abgewartet werden; hinter den vorher gehegten Erwartungen ist der Erfolg der conservativen Richtung jedenfalls zurückgeblieben. Das aber im liberalen Lager leidet der wünschenswerthe Eifer in Erfüllung der Wahlpflicht gekürzt, kann leider nicht verhehelt werden. Gegen die politische Erschlaffung und Theilnahmlosigkeit anzukämpfen, wird immer mehr unser Bestreben sein müssen.“

## Politische Uebersicht.

Stuttgart, 4. October.

Ueber die deutsch-russischen Beziehungen sind so viel verwirrende Nachrichten verbreitet worden, daß es wohl an der Zeit wäre, in diese Dinge endlich Klarheit zu bringen. Leider unterliegt sich die officiöse Presse keineswegs dieser Pflicht; es wird im Gegentheil in St. Petersburg wie in Berlin frisch und fröhlich daran weiter gearbeitet, das russische und das deutsche Volk einander zu entfremden und lebhaftest Benachteiligung in die Massen hineinzutragen. Ein Privattelegramm, welches wir gestern unseren Lesern mittheilten, hat etwas mehr Licht über den gegenwärtigen Stand der „Ranzlerische“ verbreitet. Heute wird uns ergänzend aus Berlin geschrieben: „Das Dementi, welches kürzlich der Reichstagspräsident gegeben wurde, daß Fürst Gortschakoff auf

seiner Rückreise nach Petersburg den Fürsten Bismarck in Berlin nicht zu sehen beabsichtige, bezieht auf eine Combination und nicht auf Thatfachen. Das Zusammenreffen der beiden Staatsmänner ist sowohl in Petersburg wie in Berlin von langer Hand vorbereitet und, wie wir bestimmt hinzufügen können, schon vor der Reise des Fürsten Bismarck nach Wien in Aussicht genommen worden. In dem an dieser Stelle bereits erwähnten Briefe des Kaisers Wilhelm an den Grafen Alexander, welcher aus der Zeit der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Wien datirt, ist dem lebhaftesten Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche sich ungehindert erhalten und daß das so vielfach ausgesprochene Gerücht von einem persönlichen Zerwürfniß der beiden Staatsmänner durch eine Begegnung derselben thatsächlich widerlegt werde. Da Fürst Gortschakoff bei seiner Rückreise Berlin berühren muß, so ist für eine Begegnung die beste Gelegenheit geboten. Uebrigens sind alle Gerüchte über einen nahe bevorstehenden Rücktritt Gortschakoff's vollständig unbegründet. Derselbe wird nach seiner Rückkehr nach Petersburg die Geschäfte des auswärtigen Amtes in vollem Umfange wieder übernehmen, zumal die Sommercar in Baden-Baden seine Gesundheit wieder gekräftigt hat. Wir erfahren dies von einer Persönlichkeit, welche Gelegenheit hatte, sich darüber in zuverlässiger Weise zu informieren. — Um auf die bevorstehende Entree zurückzukommen, auf die russischerseits besonderer Werth gelegt wird, so nimmt man allerdings in hiesigen Regierungskreisen an, daß Fürst Bismarck, wenn er zustimmt, nur einer Pflicht der Courtoisie nachkommt. Aber praktischen Erfolg verpricht man sich am wenigsten an jenen Stellen, wo die Tragweite der Wiener Verhandlungen gewirkt wird. Ueberdies darf nicht vergessen werden, daß Fürst Bismarck über die Sympathien der russischen Diplomatie für Frankreich, den hiesigen russischen Botschafter D'Abail mit eingeschlossen, genau unterrichtet ist. Dieselben datiren vom deutsch-französischen Kriege her, wo sie nicht minder offen zu Tage traten als heute, und ihre Spitze in einer Conspiration mit den Orleansen fanden, an der sogar die Familienmitglieder einiger regierenden Häuser theilhaftig waren. Das Ereigniß der Wiener Reise des deutschen Reichskanzlers hat ohne Zweifel der russischen Diplomatie Veranlassung gegeben, von ihrem avancierten Standpunkte gegenüber dem Allianz suchenden Frankreich zurückzutreten. Den Fürsten Bismarck werden unweifelhaft höhere Einflüsse bewegen, die Freundschaft seiner Politik durch Russland als ungeschicklich zu betrachten und den russischen Staatsmännern jenes persönliche Entgegenkommen zu zeigen, welches das conventionelle Verkommen bei solchen Begegnungen erfordert. — So weit der Bericht. Da die Officialen der Sache näher treten werden, bleibt abzuwarten.

Herr Vasker ist, wie unseren Lesern bekannt, durch die vereinigte Fortschritt- und bürgerliche Demokratie in Frankfurt a/M. geschlagen worden. Katholik wird nun die Frage erörtert, ob der verdiente Führer, nachdem er seinen alten Wahlkreis eingebüßt, auch in einem andern Wahlkreis ein Mandat anstreben werde. Wir glauben, daß Vasker sich nicht selbst um ein neues Mandat bewerben wird. Auf der andern Seite scheint es uns aber doch dem Charakter Vasker's nicht zu entsprechen, einem an ihn ergehenden Ruf sich zu verweigern, zumal in einer Zeit, wo die Gefährdung der unter thätigster Mitwirkung der national-liberalen Partei und nicht zum Mindesten Vasker's zu Stande gekommen, so schweren Gefahren ausgesetzt ist und der Verteidiger so sehr bedarf. Man schreibt uns aus Berlin: „Die Mittheilung ist völlig ungenau, daß Dr. Vasker abgelehnt habe, ein Mandat für das Abgeordnetenhaus anzunehmen. Ebenso unrichtig ist es, daß er seinen Redenschaftsbericht in Frankfurt abstattete, um dort für seine Wiederwahl zu wirken. Wie das Parteiverhältniß in Frankfurt beschaffen war, ist ihm sowohl als den leibenden Mitgliedern seiner Partei seit Monaten bekannt gewesen. In welchem Wahlkreise dem verdienstvollen Abgeordneten jetzt ein Mandat angetragen werden wird, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Er selbst theilte sich diesmal nicht an den Wahlagitationen und die Initiative zu seiner Auffstellung wird deshalb von den Wahlmännern ergriffen werden müssen. Man hat dabei vor Allem die Stadt Magdeburg im Auge, die er früher zwei Legislaturperioden hindurch, von 1867 bis 1873, im Abgeordnetenhaus vertreten hat. Herr v. Seydel soll sich keineswegs in gegenwärtiger Lage nach einem Mandate sehnen, ebenso wenig wie Weyrenfels und andere in höheren Staatsämtern befindliche Nationalliberale. Trotzdem glauben wir nicht, daß Dr. Vasker neben seinen Fraktionsgenossen candidiren wird.“

Der Führer der Fortschrittspartei, Herr Eugen Richter, hat seinen alten Wahlkreis Hagen verloren, nachdem die Ultramontanen sich mit den Conservativen verbündet und gegen ihn gestimmt haben. Bei der letzten Wahl zum Reichstage wurde ihm die Unterstützung der Rerikalen zu Theil. Herr Richter wird aber dennoch im Landtage erscheinen. Man schreibt uns aus Berlin vom Freitag: „Heute Abend werden der erste und der zweite Berliner Landtagswahlbezirk eine Entscheidung darüber treffen, wo Eugen Richter, für den das Hagen Mandat verloren gegangen ist, aufgestellt werden soll. Wahrscheinlich wird man sich für den vierten Bezirk entscheiden, so daß entweder Dr. Eberly oder Dr. Zimmermann den Platz räumen muß. Denn darüber ist man hier absolet nicht im Zweifel, daß Richter in dem neuen Abgeordnetenhaus nicht fehlen darf, selbst wenn seine Wahl nur auf Kosten